

# Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags  
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt  
„Pfeilerhütchen“ und „Allgemeine Wägen-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementpreis pro Quartal Mk. 1.20  
:: (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) ::  
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 15 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl  
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Essene in Oestrich und Eltville.  
Fernsprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in der  
Stadt Eltville und Umgebung.

No 14

Donnerstag, den 31. Januar 1918

69. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

#### Betr. Erhebung über den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften bei der Demobilisierung.

Auf Veranlassung der Kriegsamtsstelle Frankfurt a. M. findet die vorgenannte Erhebung schon jetzt statt. Es handelt sich um eine vorläufige Erhebung, die keinerlei Schlässe auf einen baldigen Frieden rechtfertigen, die aber für den Fall des Friedens eine Übersicht gestatten soll. Ein Fragebogen, eine Erläuterung dazu und eine Verfügung der Kriegsamtsstelle liegen gedruckt vor. Die Handwerkskammer versendet solche an die Innungen, Handwerkervereine und Vereinigungen, damit deren Vorstände innerhalb ihrer Organisation die erforderlichen Feststellungen machen, zusammenstellen und in den Fragebogen eintragen. Der Fragebogen ist ausgefüllt bis zum 5. Februar 1918 an die Handwerkskammer einzureichen.

Für die Lokal-Gewerbevereine hat die Handwerkskammer den Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau mit den erwähnten Drucksachen versehen, welcher die Verteilung und Eingehung tätigen wird.

Für diejenigen Handwerke, die keiner der vorgenannten Organisationen angehören, sind die Fragebogen und Drucksachen zu haben:

Für Kadenheim und Umgebung bei Kasermeister J. Jaf. 111 1., Kadenheim, sowie bei der Handwerkskammer Wiesbaden, Adelsheimstraße 13.

Diesen Richtorganisierten ist in ihrem eigenen Interesse dringend zu empfehlen, sich schleunigst in den Besitz der Drucksachen zu setzen, damit der Fragebogen spätestens am 5. Februar c. bei der Handwerkskammer eingereicht ist. Eine Säumnis könnte ernste Nachteile haben, besonders für diejenigen Handwerker, welche nach dem Kriege auf Ueberweisung von Arbeitskräften Wert legen. Außerdem wird die Erhebung auch für die Rohstoffversorgung als Unterlage dienen können.

Wiesbaden, den 21. Januar 1918.

Die Handwerkskammer:

J. A.

Der Vorsitzende: Carsten. Der Syndikus: Schroeder.

#### Erhöhung der Richtpreise für Serradellakamen.

In der Sitzung der „Offiziellen Preiskommission für landwirtschaftliche Samereien“, die am 12. Dezember 1917 im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten stattgefunden hat, ist mit Genehmigung des Kriegsernährungsamtes eine Erhöhung der Richtpreise für Serradellakamen vereinbart worden. Es gelten von jetzt ab an Stelle der in der Sitzung vom 7. Juli 1917 vereinbarten die nachstehenden Richtpreise:

Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
Höchst- verkaufs- preis für 50 Kg. an Ser- braucher	Höchst- verkaufs- preis für 50 Kg. an Händler zum Verkauf an Ser- braucher	Höchst- einkaufspreis für 50 Kg. der Händler zum Verkauf an Händler und beim Einkauf vom Auslande	Höchst- einkaufs- preis für 50 Kg. der Händler Produzenten

1. Serradella:	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
	100.—	92.—	86.—	80.—

Außerdem wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sollen weitere Richtpreiserhöhungen für irgendwelche Samen keinesfalls stattfinden.
- Der letzte Satz des ersten Abschnittes der Richtlinien erhält folgende Fassung: „Für nachweisbar planmäßig gesähten Samen, sowie für deren erste bis dritte Abgüsse, soweit sie von der D. L. G., den Landwirtschaftskammern, dem Bund der Landwirte und den offiziellen Saatgutanstalten anerkannt sind, gelten die festgesetzten Richtpreise nicht, ebenso nicht für Verkäufe nach dem Auslande.“

Berlin, den 5. Januar 1918

Rohmaterialstelle des Landwirtschaftsministeriums.

## Tüchtige Leute.

Die Volkswirtschaften hüllen sich in eine Löwenhaut, auf daß man sie für den König der Tiere halte; allenthalben und in Preß-Bittowitz insbesondere. Soweit ihre harte Haut reicht, arbeiten sie mit Feuer und Schwert, und wer nicht will ihr Bruder sein, dem schlagen sie den Schädel ein. Wenn sie aber weder mit Schiffskanonen noch mit Maschinengewehren etwas anhaben können, den verfolgen sie mit den Blitzenstrahlen ihrer Funkprühe.

Gegen den unglücklichen König von Rumänien haben sie kürzlich einen Diktaturschleudert, man erfährt nicht recht warum. Vielleicht war er lebendig in seiner Eigenschaft als Monarch ein Gerecht in ihren Augen, vielleicht hatte er sich durch ein unbedachtes Wort gegen die Revolution maximalistischen Gedächtnis vergangen; genug, man sollte ihn festnehmen und den Beauftragten Lenins ausliefern. Es ist nicht dazu gekommen, man hatte auch wohl dem gläubigen Volke nur zeigen wollen, daß selbst ein König nicht sicher sei vor der Allgewalt der Volkskommissionen. Jetzt aber haben diese Nachhaken zu einem neuen Schläge ausgeholt. Sie erklären die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien für abgebrochen, kündigen an, daß sie den schon einmal hinter Schloß und Riegel gebrachten Gesandten der Monarchie, Diamandi mit Namen, unverzüglich über die Grenze abliehen und

den in Wostau lagernden Goldschab — in Verwahrung nehmen werden. Nicht für sich natürlich, auch nicht für die Republik der Volkswirtschaften, sondern für das rumänische Volk oder wenigstens für diejenigen seiner Bestandteile, die in ihren Augen als „das Volk“ zu gelten haben. Also für die Arbeiter, Bauern und Soldaten, die allein nach dieser neuesten Lehre eine Diktaturberechtigung in der Welt genießen und die man nun wohl auch in Rumänien oder doch in denjenigen Gebieten, die von Rumänien übriggeblieben sind, eine Regierung der Räte bilden lassen wird, um abermals ein gefügiges Werkzeug für die Ziele der russischen Revolution in die Hand zu bekommen. Und um die ganze Aktion zu krönen, wird schließlich General Tscherbatschew, der Oberbefehlshaber der russisch-rumänischen Front, als außerhalb der Gesetze stehend erklärt. Warum? Auch darüber gibt es einseitigen nur Vermutungen; jedenfalls mag er in dem jungen Herrn Krenko, den die Ranne der Petersburger Nachhaken vom Fährnisch zum Diktator mandernden erhoben hat, keinen militärischen Abgott anerkannt und irgendeiner seiner Befehle faktisch beiseite gelegt haben. Dafür steht er nun „außerhalb der Gesetze“, was einen furchtbaren Klang hat — für denjenigen, der nicht zugleich außerhalb der Grenzen dessen weiß, dessen Born er sich ausgegogen hat. General Tscherbatschew wird schlummernd in seinem Leben durchgemacht haben, und auch in Rußland muß man den Todesurteilen erst haben, wenn man ihn hängen möchte. Ganz wie einstmal im schönen Nürnberg!

Aber wie gesagt: Das Ganze steht auf wie ein Spektakelstück für furchtame Kinder, weiter nichts. Die Volkswirtschaften machen sich gar nichts daraus, geliebt zu werden; wenn nur angstvolles Schlotteln um sie her ist, sind sie schon zufrieden, denn mehr ist für sie doch unerreichbar. Also verbreiten sie Furcht und Schrecken, so viel sie können, und je entsetzender der Ruf ist, der vor ihrem Regiment einherzieht, desto wohler werden sie sich fühlen. Ihnen kommt es nur darauf an, alles einzuschüchtern, was sich ihnen in den Weg stellen könnte, und deshalb gefallen sie sich in einem Kraftmeiertum, das sie mit dem Schein der Unwiderstehlichkeit umkleiden soll. Im Grunde ein kindisches Vergnügen, das höchstens insofern Gefahren in sich birgt, als es bei längerer Dauer schließlich in regelrechten Größenwahn umschlagen kann. Allein mit dieser längeren Dauer wird es in unserem Falle doch wohl hapern. Dazu sind die Verhältnisse in Rußland ganz und gar nicht angetan.

In Preß-Bittowitz wird man, das wollen wir jedenfalls hoffen, den neuesten Streich der Volkswirtschaften gebührend zu würdigen wissen. Herr Trotski wird dort kaum als ein Löwe angesehen werden, bloß weil er sich und sein Wiederkommen mit so mächtiger Stimme ankündigt.

## Rußlands Auflösung.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Der Zerfall Rußlands in seine nationalen Bestandteile ist seit der Märzrevolution sofort in Erscheinung getreten. Gleichseitig zeigten sich in der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte die Vorboten eines Umsturzes der alten sozialen Gliederung. Aber erst die Oktoberrevolution der Maximalisten machte offenkundig, daß nicht eine Umlagerung der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus der sich eine neue Gesellschaftsordnung hätte emporbringen können, im Gange war, sondern eine völlige Zerschmetterung aller Verhältnisse.

Von einem Aufbau ist seitdem nirgends mehr die Rede. Das Schergerüst der bloßen Masse gelangte zur Herrschaft. Mehr und mehr gewannen aus ihr heraus die Kräfte die Oberhand, die keine anderen Grundzüge kennen, als die Anwendung roher Gewalt. Was sich da unter dem Namen von Volksbeauftragten als Regierung gebildet, hält sich nur dadurch am Leben, daß es die blinde Liebe der Masse zum alleinigen Prinzip der staatlichen und sozialen Wirksamkeit erhob. Um die ganze Fülle der Macht der arbeitenden Massen zu sichern und jede Möglichkeit zu entfernen, daß die Macht der Ausbeuter wiederhergestellt wird, wird die Bewaffnung der Arbeitenden, die Bildung einer sozialistischen großen Armee der Arbeiter und Bauern und die gänzliche Entwaffnung der bestehenden Klassen verfügt. „In diesem Abzug der Deklaration“, deren unbedachte Annahme der verfassunggebenden Verammlung zugemutet wurde, ist die ganze Staatsweisheit des maximalistischen Regiments zusammengefaßt. Worin die „Arbeitenden“ ihre Aufgabe suchen, lassen die verflochtenen drei Monate mit erschütternder Deutlichkeit erkennen. Während der Bestrebungen vernichtet nicht nur alles Gewordene, sondern auch alle Wurzeln, aus denen ein neues soziales und staatliches Leben sich entwickeln könnte.

Der Sozialismus hat die unermesslich schwere Schuld auf sich geladen, daß er das Volk nicht zu freier Verdichtung in geordneten Verhältnissen erzog und befähigte. Er wußte sich keinen anderen Rat als die Anhebung jeder selbständigen Regierung.

Der letzte Sozialismus als sein Erbe ist im Grunde nur ein ungelehrter Jargonismus. Auch er kennt kein anderes Mittel, um sich durchzusetzen und in der Nacht zu erhalten, als die Gewalt und zwar die Gewalt in rohester Form. Ihre Anwendung erstreckt sich auf alle Schichten, die sich nicht unbedingt unter dem Willen der mit Machtmitteln ausgestatteten Rinderbeute beugen. Leben, Eigentum und persönliche Freiheit gelten nichts. Täglich werden in ungeduldeten Hüllen Mäueren und Wörde begangen. Auch die staatlichen Funktionen äußern sich in nichts anderem, als in der Unterdrückung auch der leinsten Regungen abweichender Meinungen. Die Sprengung der Verfassunggebenden Verammlung, deren Wahl von der maximalistischen Regierung selbst angeordnet war, ist nur das sichtbarste Ereignis für das Walten des Prinzip der Zerschmetterung jedes Eigenlebens und der sinnlosen Vernichtung aller organischen Regungen des Staates. Im Grunde hat dieser überhand zu nehmen aufgehört und Rußland wäre für einen böswilligen Nachbar eine leichte Beute. Die Schilderungen von Augenzeugen über die Auflösung aller öffentlichen Ein-

richtungen nicht bloß, sondern auch jeder geregelten privaten Tätigkeit werden durch die Funktionäre der Petersburger Regierung unfehlbar in vollem Umfange bestätigt. Bekannt ist die bewegliche Aufforderung an die Eisenbahner, ihre Pflicht zu tun und die Armees an der Front vom Hunger zu retten. Aber nicht allein die Front leidet furchtbare Not. In einem Funkbrief vom 17. d. Mt. heißt es: „Es haben zu unterbleiben Ordnungswidrigkeiten und Mangel an Unterordnung auf den Eisenbahnen, Abhängen von Lokomotiven und Eisenbahnwagen. Hausierer und Spekulanten, Gewalttaten gegen die Angestellten, Plünderung und eigenmächtiger Transport von Lebensmitteln drohen der Front und dem Land unberechenbaren Schaden zu bringen. Von allen Eisenbahnen laufen Nachrichten ein über Frontunterbrechungen, die durch Soldaten und andere Personen verursacht werden. Die Eisenbahnen befinden sich in der Gewalt der Räte. Die Eisenbahnwagen werden ihrer Ladung beraubt. Eine solche Anarchie auf den Eisenbahnen hat den Wagenverkehr völlig gestört, was sich in verheerlicher Weise in der Proviantverfügung der Bevölkerung, der hungernden Gouvernements und der Armees an der Front geltend macht, indem es unlagbaren Mangel hervorruft.“

Die gleiche Anarchie aber herrscht offensichtlich auf allen Gebieten der öffentlichen Tätigkeit. Wohl zu verstehen ist, daß in weiten Schichten der Bevölkerung Rußlands nur ein Gedanke lebendig ist, der Gedanke einer möglichst schnellen Auflösung von dem gegenwärtigen Regiment, dessen „Freiheitlichkeit“ sich in der Unterdrückung und, bei dem genügenden Widerstande, in der Vernichtung von Leib und Leben, in der Entfesselung niederster Begierden und Erödlung aller aufbauenden Regungen äußert. Und mit den „Seignungen“ dieses Regiments will die maximalistische Regierung die von Rußland fortstrebenden Gebiete — Finnland, Estland und die Ukraine sind Zeugen dieser Bemühungen — beglücken. Ihnen wollen sie das „Selbstbestimmungsrecht“ gegenüber Deutschland sichern. Welcher Art dieses „Recht“ in Wirklichkeit ist, zeigen die Vorgänge im eigentlichen Rußland so nachdrücklich, daß die Randvölker schwerlich Verlangen danach tragen, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

## Anarchie in Finnland.

Maximalisten gegen das Vürgertum.

Nach Stockholmer Berichten herrscht in Finnland vollkommene Anarchie. Die Petersburger Maximalisten hatten erklärt, sie seien genötigt, ihren Grundbesitz gemäß, die finnischen Revolutionäre gegen das Vürgertum zu unterstützen. Welche Schreckensherrschaft die Maximalisten in Finnland ausüben, zeigt folgende Meldung aus Stockholm:

Der finnische Senat wurde von den finnischen Volkswirtschaften, unterstützt durch die Marinetruppen der Sowjets, aufgelöst. Der Senat protektierte gegen die Einmischung russischer Soldaten und Matrosen in die inneren Angelegenheiten Finnlands. Der Präsident des Senats wurde verhaftet.

Der Senat hatte ein Ultimatum an die russische Regierung gerichtet, mit der Aufforderung, die Lieferung von Waffen an die finnischen Banditen, die gemeinsam mit der russischen Soldateska das Land verheeren, einzustellen.

Zerschmetterung der Lage in Finnland.

Kopenhagen, 29. Jan. Die Lage in Finnland sieht sich flüchtig zu. Die heftigste Erbitterung wächst. An Bord eines Kriegsschiffes in Helsingfors fand zwischen Mitgliedern der Regierung und dem sozialistischen Ausschuss der Offiziere eine Zusammenkunft statt. Der Matrosenausschuss forderte vom Senat die Auslieferung der Waffen der Bürgergarde an die Rote Garde, andernfalls würde Helsingfors dem Erdboden gleichgemacht. Als die Sitzung um 4 Uhr morgens schloß, war es dem Präsidenten gelungen, von den Anwesenden das Versprechen zu erhalten, zur Verhütung der Gemüter beizutragen. Von den Zeitungen erscheint nur noch die der Roten Garde. Viele Rote Gardisten sind nach Petersburg abgereist, um dort Nachschub zu erhalten.

Flucht des schwedischen Gesandten in Finnland.

Stockholm, 29. Jan. „Aftonbladet“ meldet aus Haparanda, daß der neuernannte schwedische Gesandte in Finnland nach Tornaa geflüchtet und nach Stockholm unterwegs sei. Der Landeshauptmann Kestel in Wasa sei mit besonderem Auftrage nach Schweden abgereist.

Gegenangriffe gegen die Polen in Orcha.

Der Generalissimus Krenko brachte ein Radiogramm zur Kenntnis der Volkskommissionen, das schleunigste Maßnahmen zur Vertreibung der polnischen Truppen im Gouvernement Orcha von den Punkten, die sie besetzt halten, und die allgemeine Entwaffnung der polnischen Legionen anordnet.

Hungerrevolten in Petersburg.

Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt seit zwei Tagen gänzlich ohne Brot ist. „Naschi Wiedomosti“ teilen mit, daß die Straßen der Hauptstadt von Gruppen bestehend aus 500–1000 Personen durchzogen werden. Die Demonstranten rufen nach Brot; sie tragen Plakate mit der Aufschrift: „Gebt uns Brot!“ Aus dem Admiralsquartier kamen über 4000 Personen zu dem Kommandanten des 2. Bezirks, die ihre tägliche Brotration seit vier Tagen nicht erhalten hatten. Der Kommandant begab sich mit der Volksmenge unter dem Schutz der Roten Garde nach der Romanowstraße Nr. 20, wo große Mehlvorräte vorgefunden wurden. Das Mehl wurde sofort verteilt und jeder erhielt ein viertel Pfund. In verschiedenen Stadtteilen wurden alle Bäckereien geplündert.

Massenverhaftungen in Moskau.

In Moskau wurden alle Mitglieder des sozial-



revolutionären Komitees von Wlokau und desjenigen der Brodow Wlokau gefangen. Die Maximalisten drohten weitere Verhaftungen an, falls die Rundgebungen gegen die Petersburger Regierung fortgesetzt würden.

#### Die Entscheidung Trotski.

Daily News erfahren aus Petersburg: Es ist eine Spaltung unter den Bolschewiki eingetreten. Die Minderheit ist der Ansicht, daß die Schwächung und Isolierung Russlands zu einem Sonderfrieden zwinge; die Mehrheit einschließlich des linken Flügels der Sozialrevolutionären ist bereit, die deutsche Herausforderung anzunehmen und in eine Periode der revolutionären Verteidigung einzutreten. Die letzte Entscheidung liegt bei Trotski.

#### Demobilisierung der ukrainischen Front.

Das ukrainische Bureau meldet: Die Rada hat die Demobilisierung der ukrainischen Front angeordnet. Diese findet unter dem Widerstand der dort befindlichen Bolschewiktruppen statt. Die Bolschewiki besetzten Charkow und Jekaterinoslaw. Gegen Jekaterinoslaw marschiert ein großer Aufgebot der Rada. Bei den Kämpfen zwischen den Bolschewiki und den Ukrainern an der ukrainischen Front siegten die Ukrainer.

#### Rischnew von Rumänen bombardiert.

Sens, 29. Jan. Aus Petersburg wird gemeldet: Rumänische Truppen haben Rischnew umzingelt. Die Stadt steht unter Artilleriefeuer. Die Verluste der Rumänen wie der Bolschewiki sind sehr groß.

Eine Neuermeldung aus Petersburg besagt: Der rumänische Konsul und 14 Leute seines Personals sind gestern in Rischnew von den Bolschewiki verhaftet worden.

#### Eine rumänisch-bolschewistische Regierung.

Bukarest, 29. Jan. Der rumänische Sozialdemokrat Rakowski, der in Odessa lebt, hat von dort aus eine rumänisch-bolschewistische Regierung gebildet, den König Ferdinand abgesetzt und sich selbst zum Diktator gemacht. Rakowski wurde seinerzeit von der rumänischen Regierung verhaftet und später infolge Amnestierung freigelassen.

#### Der Bruch mit Rumänien.

Petersburg, 28. Jan. Die rumänische Gesandtschaft erhielt um 2 Uhr nachmittags den Befehl, Rußland binnen zehn Stunden zu verlassen. Die Abreise erfolgte um Mitternacht nach Stockholm.

### Wieder in Brest-Litowsk.

#### Neue Verhandlungen.

Herr v. Rüchmann und Graf Czernin, die Friedensunterhändler Deutschlands und Österreich-Ungarns, sind wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, und da auch das Erscheinen des russischen Volkskommissars Trotski in diesen Tagen angesagt war, ist mit der allbaldigen Aufnahme der unterbrochenen Bepfechtungen zu rechnen. Herr Trotski soll angeblich neue Vollmachten und Instruktionen mitbringen. Ob die russischen Vertreter mit Trotski an der Spitze nunmehr eine entgegenkommendere Haltung als vor der Vertagung einnehmen werden, läßt sich noch nicht absehen. Nur davon aber wird die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit eines günstigen Ausgangs der Verhandlungen abhängen.

#### Trotski will nicht nachgeben.

Nach einer Meldung aus Petersburg erstattete Trotski vor dem Generalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg einen Bericht über den Stand der Friedensverhandlungen. Trotski bezweifelt in diesem Bericht die Möglichkeit einer Verständigung, da die Delegierten der Zentralmächte angeblich rein kapitalistische Interessen vertreten und den „freiwilligen“ Forderungen der maximalistischen Delegierten nur scheinbare Zugeständnisse machten. Die russische Delegation in Brest-Litowsk werde unbedingt auf ihren Standpunkt verharren und den Kampf gegen den internationalen kapitalistischen Block zäh und unerbittlich fortsetzen. — Infolge dieses Vortrags greift das linkssozialistische Blatt Maxim Gorkis „Kowoje Schisn“ Trotski heftig an und sagt, er mißbrauche eine so wichtige Sache wie die Friedensverhandlungen zu parteipolitischen Zwecken.

#### Serben in Brest-Litowsk?

„Kowoje Schisn“ teilt mit, daß außer den Vertretern von Vessarabien auch Vertreter der selbständigen Freistaaten Serbien, Tschekoslowakei und des Dongebietes nach Brest-Litowsk reisen werden. Auch drei Vertreter Serbiens befanden sich bereits auf dem Wege nach Brest-Litowsk.

### Die Stadt der Friedensverhandlungen.

#### Aus Brest-Litowsks Vergangenheit.

Die Kreisstadt Brest-Litowsk im Gouvernement Grodno hat den Titel „Stadt des Ruhmes“ (Ir Tobilla), der ihr schon 1886 in einem in hebräischer Sprache erschienenen, die Geschichte der jüdischen Gemeinde des Ortes behandelnden Buche gegeben wurde, sich erst jetzt wirklich verdient. So ganz neuen Gepräges ist aber dieser Ruhm trotzdem nicht, denn Brest-Litowsk hat auch schon in früheren Jahrhunderten eine nicht unwichtige geschichtliche Rolle gespielt.

Die Gründungszeit der Stadt, die ursprünglich an der Mündung des Muchawez in den Bug gelegen war, wird in das 10. Jahrhundert verlegt, und als Gründer werden die Bugslawen angesehen. Urkundlich geschieht der Stadt zum erstenmal im Jahre 1015 Erwähnung, und zwar unter ihrem ursprünglichen Namen „Beresta“, was Birkenrinde bedeutet. Beresta wurde mehrmals verwüstet und wechselte ebenso oft den Herrscher, bis die Stadt in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Macht der Litauer unterlag. Ihren heutigen Namen Brest-Litowsk (polnisch: Brzesk Litewski) erhielt die Stadt jedenfalls nicht vor 1840, wo dieser Name in der Bezeichnung „Litauisches Brest“ zum erstenmal zum Ausdruck kam. In den Kämpfen der Litauer gegen den deutschen Ritterorden in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erlebte Brest schon einmal einen Friedensschluß in seiner Mitte und zwar 1435, im Todesjahre des ersten Jagellonen. Im Jahre 1611, nach der Niederwerfung des Aufstandes des Fürsten Gliniski, hielt der polnische König Sigismund I. einen Fürstentag in Brest ab, auf dem verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Für das damalige hohe Ansehen der Stadt spricht, daß im Jahre 1699 der einflußreiche und in Litauen vollstämige Fürst Mikolaj Chrostkowsky Radziwill seine Residenz nach Brest-Litowsk verlegte. Während des polnisch-schwedischen Krieges wurde Brest-Litowsk von den schwedisch-brandenburgischen Truppen des Grafen Waldes, der dort vierzig polnische Geschütze erbeutete, überfallen. Als bedeutendes geschichtliches Ereignis kann die 1896

und 1896 in Brest-Litowsk abgehaltene Synode angesehen werden, auf der den langjährigen Kämpfen zwischen den Anhängern der römisch-katholischen Kirche und den Anhänger der orientalischen Orthodoxen durch den Beschluß der Vereinigung ein Ende gemacht wurde. Im Jahre 1769 führte Suworow bei Brest-Litowsk einen nächtlichen Überfall auf die gegnerischen Linien aus.

Im russisch-preussischen Vertrage vom 29. Januar 1793 über die zweite Teilung Polens fiel Brest-Litowsk an Rußland, das es 1796 zu einer Kreisstadt des ehemaligen Gouvernements Grodno und 1801 zu einer solchen des Gouvernements Brest-Litowsk machte. Nach der dritten Teilung Polens wurde Rußlands Aufmerksamkeit auf Brest-Litowsk als einen wichtigen strategischen Punkt gelenkt. Seine Fest- und seine provisorischen Befestigungen wurden verläßt. Im Jahre 1807 gestaltete Ingenieur-General Suchtelen Brest-Litowsk zum Stützpunkt der Verteidigung der russischen Westgrenze und arbeitete einen Plan für den Bau einer neuen Festung aus. Er kam nicht zur Ausführung und ebenso wenig ein späterer Plan des Leiters des polnischen Ingenieurkorps. Eine völlige Niederlegung erhielt aber Brest-Litowsk auf den kategorischen Befehl des Katen Nikolaus I. Im Jahre 1830 war bereits das letzte Wohnhaus der alten Stadt niedergelegt. Der Aufbau der neuen Stadt, der auf einem östlich von der Zitadelle in 1200 Meter Entfernung angewiesenen Platze erfolgen durfte, geschah nach einem Plan der russischen Regierung, der zwei Vorstädte der Festung vorab: die Kobriner und die Wolynsker Vorstadt. Aus der Kobriner Vorstadt ist dann allmählich die heutige Stadt Brest-Litowsk entstanden, die im Jahre 1912 mehr als 57 000 Einwohner (die Hälfte Israeliten) zählte. Die Ergänzungsarbeiten für die Befestigung von Brest-Litowsk wurden noch in den Jahren 1859 bis 1869 vom General Lotleben ausgeführt. Auch die Generale Kropotkin und Suchomlinow erließen Verfügungen, um Brest-Litowsk als Festung zu verstärken.

In der Nacht vom 25. auf den 26. August 1915 zogen die verbündeten deutsch-österreichischen Truppen unter dem Generalobersten von Madenien in Brest-Litowsk ein, und es bot sich ihnen hier ein Bild der Vernichtung...

### Die Streifbewegung.

#### Anteilnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten.

#### Berlin, 29. Januar.

Die Auslandsbewegung, zu der in Flugblättern unbekannter Herkunft aufgefordert worden war und die am gestrigen ersten Tage nur geringen Umfang hatte, ist heute allgemeiner geworden. Allen Anschein nach ist die Haltung der sozialdemokratischen Partei, die Mitglieder in die Streikleitung wählen ließ, nicht ohne Einfluß geblieben. Im Laufe des heutigen Tages streikten in Groß-Berlin etwa 400 000 Personen, vorwiegend aus der Nahrungsmittelindustrie, doch waren auch andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. In den streikenden Betrieben wurden, dem B. L. zufolge, Delegierte gewählt, die sich zu einem Arbeiterrat zusammenschlossen haben, der aus 500 Arbeitern besteht. Dieser hat einen Aktionsausschuß gebildet, der aus 10 Arbeitern und einer Arbeiterin besteht. Hinzugezogen wurden die Reichstagsabgeordneten Haase, Ledebour und Dittmann von der Unabhängigen Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann, Ebert und Braun. Eine Deputation von fünf Arbeitern und vier Abgeordneten sollte mit dem Staatssekretär des Innern Walraf über die Aufhebung der Versammlungsverbote verhandeln. Der Staatssekretär lehnte es zunächst ab, die Deputation zu empfangen, da das Verhandeln mit den Arbeitern „zu unabsehbaren Konsequenzen“ führen könne. Die Versuche, mit der Regierung zu verhandeln, werden von den Arbeitern fortgesetzt.

#### Mahnung an die Arbeiter.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt u. a.: In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich haben Arbeiter den jetzigen Augenblick zu dem Versuche genutzt, durch Niederlegen der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuss hat Forderungen aufgestellt, die sich unter anderem auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr ausgesagten Reformen im Innern durchzuführen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.

Was die gleichfalls in den Forderungen berührten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil dessen führen muß, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie deren Verlauf. Die Regierung muß erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Überlegung baldigst von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine heilige Pflicht gegen das Vaterland ist.

Das Blickbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch dem Vaterlande beweisen, wird das seinige dazu beitragen, um die Streifbewegung baldigst zu Ende zu bringen.

Nach den vorliegenden Meldungen aus den verschiedensten Teilen des Reiches ist es bisher nur zu vereinzelten Arbeitsniederlegungen gekommen. In Dresden a. B. wie in vielen anderen deutschen Städten ist nicht der Versuch gemacht worden, an dem Streik teilzunehmen.

#### Im Reich

hat nach der „Tägl. Rundsch.“ die Bewegung bis Dienstag nachmittag nur wenig Fuß zu fassen vermocht. So streikten beispielsweise im westlichen Kohlengebiet von einer Million Arbeitern nur 5000 Mann, wesentlich höhere Zahlen melden nur Nürnberg und Järfch. Im einzelnen wird noch bekannt, daß im niederrheinischen Industriegebiet, soweit die Düsseldorf-Gegend in Frage kommt, bei einer Industriebeschäftigung von 3 Millionen Menschen und etwa 700 000 Schwerarbeitern höchstens 200 Mann gestreikt haben. Bei Krupp fehlten von 60 000 Arbeitern der Tagesbesetzung nur etwa 200 Mann, in anderen Betrieben mit 6000 Mann Besetzung 12 Arbeiter.

#### Keine Zeitungen infolge des Streikes.

Berlin, 30. Jan. In Berlin hat die Streifbewegung weiter an Ausdehnung gewonnen und hat nunmehr auf die Zeitungsbetriebe übergegriffen. Heute morgen konnte ein großer Teil der Zeitungen bereits nicht mehr erscheinen, da das Hilfspersonal die Arbeit eingestellt hat. Die heutige Morgennummer des „Berliner Tageblattes“ ist überhaupt

nicht mehr ausgegeben worden. Die „Bosische Zeitung“ erschien in stark verkleinerter Ausgabe, der „Lokal-Anzeiger“ erst um 10 Uhr vormittags. Die Drucklegung eines großen Teiles der anderen Tageszeitungen konnte überhaupt nicht erfolgen. Im Laufe des Tages hat sich die Auslandsbewegung soweit organisiert, daß ein Erscheinen der Berliner Zeitungen heute nicht mehr in Frage kommt.

#### Das Verlangen nach Einberufung des Reichstages.

Berlin, 30. Jan. Wie das „B. L.“ hört, hat die sozialdemokratische Fraktion bei dem Präsidenten des Reichstags die sofortige Einberufung des Reichstags beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit der unruhigen Lage, die durch die Streifbewegung geschaffen worden sei.

#### Ein Flugblatt Hindenburgs.

An die streikenden Arbeiter wendet sich ein Flugblatt, das in den Straßenbahnen und an den Litfasssäulen angebracht und gestern früh auch in den Straßen verteilt wurde. In diesem Flugblatt gibt Feldmarschall Hindenburg seine Meinung kund, daß jede noch so unbedeutende Arbeitsniederlegung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft und eine unfähbare Schuld am Heere, insbesondere an dem Mann im Schützengraben bedeutet.

### Deutscher Fliegerangriff auf London.

#### Hefige Kämpfe an der italienischen Front.

#### Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

#### Großes Hauptquartier, 29. Januar.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An verschiedenen Stellen der Front Artillerietätigkeit.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. In der Champagne entwickelten sich lebhafteste örtliche Kämpfe.

Weiterleits der Straße St. Hilaire-St. Souplet scheiterten am Morgen kleinere französische Angriffsunternehmungen. Unsere Stellungen zwischen den von Somme-Py und Alton nach Südosten führenden Straßen lagen am frühen Nachmittage unter beständig feindlichen Feuer. Unter seinem Schutz ließ französische Infanterie mit Flammenwerfern zu starken Erkundungen gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurde sie zum Teil vor unseren Bunkern, zum Teil im Nahkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand, mehrere Flammenwerfer wurden erbeutet.

Rege Fliegertätigkeit führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge und 1 Ballon ab.

London und Eberneck wurden erfolgreich mit Bomben beworfen.

Französische Flieger setzten ihre Angriffe gegen unsere Lagarett fort. Während im Monat Dezember die Lagarettanlagen von Reibel mehrfach Ziel ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Dabry (östlich von Conflans) an.

#### Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in den Abschnitten östlich von Asago bis zur Brenta mit starken Kräften an. Am Monte Schemol und westlich brach ihr Angriff vor den österreichisch-ungarischen Stellungen meist schon im Feuer zusammen; der Monte di Val Bella, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entzogen. Ebenso warfen unsere Verbündeten den im Gebiet des Col del Rosso sowie zwischen der Frenzela-Schlucht und der Brenta anstürmenden Feind nach schweren Kämpfen zurück. Wiederholte Versuche des Feindes, örtliche Einbruchsstellen durch Einsatz seiner Reserven zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. Sehn Offiziere und 350 Mann wurden gefangen.

Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26./27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bomben auf Castelfranco, Treviso und Mestre. Große Brände waren weithin sichtbar.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Unsere Flieger wieder über London.

#### Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

#### Großes Hauptquartier, 30. Januar.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkämpfe. — Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgesuche beschränkt.

Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste durch. London und Southend sowie Dünkirchen, Graveline und Calais wurden mit Bomben beworfen.

Im Luftkampf wurden gestern 8 feindliche Flugzeuge und 2 Ballone abgeschossen.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Der Vorstoß feindlicher Kompanien gegen bulgarische Feldwachposten nordöstlich vom Doiransee wurde abgewiesen.

#### Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asago haben die Italiener in starken Kräften ihre Angriffe fortgesetzt. Im Gebiet des Monte Schemol sind sie unter schweren Verlusten gescheitert. Der Monte di Val Bella und Col del Rosso blieben nach hartem Kampf in der Hand des Feindes.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

#### Der letzte Fliegerangriff auf London.

London, 30. Jan. (Reuter.) Gestern Abend fand ein Luftangriff statt, der länger als alle bis jetzt ausgeführten war. Er dauerte ununterbrochen fünf Stunden. Das Geschützfeuer war kräftiger, das Knattern der Maschinengewehre deutlicher als gewöhnlich, und nur die fortwährende Tätigkeit der englischen Flieger, die mit den Angreifern kämpften, veranlaßte Pausen von wechselnder Dauer. Dann brach das Feuer wieder von neuem aus, wenn wieder eine neue Gruppe Maschinen erschien.



London, 30. Jan. (Reuter.) Amtlich wird gemeldet: Die Verluste bei dem Luftangriff gestern nacht betrugen 14 Männer, 17 Frauen, 16 Kinder tot, 93 Männer, 59 Frauen und 17 Kinder verwundet. Mit Ausnahme eines Toten und sieben Verwundeten kam es zu keinem Verlust in London. Der Schaden ist nicht bedeutend.

#### Neue Beutezahlen.

Ein anschauliches Bild unserer militärischen Überlegenheit gegenüber dem Massenaufgebot unserer Feinde gibt eine Gegenüberstellung der kriegserfolge, welche die Mittelmächte und der Völkerverbund im gleichen Zeitraum vom 1. Dezember 1917 an zu verzeichnen haben.

	Mittelmächte	Völkerverbund
Gefangene . . . . .	45 000	5 401
Geschütze . . . . .	243	11
Rafschnengewehre . . . . .	1 000	204
Minenwerfer . . . . .	85	8

Die Ziffern auf Seiten des Völkerverbundes entstammen den amtlichen feindlichen Heeresberichten.

#### Großer Kriegsrat der Verbündeten.

In Paris findet also eine große politische Konferenz der Westmächte (ohne Amerika) statt, an der die Ministerpräsidenten Lloyd George, Clemenceau und Orlando sowie der französische Außenminister Bichon und der italienische Sonnino teilnehmen. Die politischen Verhandlungen in Paris sind zunächst eine Fortsetzung der Besprechungen, die soeben in London zwischen Lloyd George und Orlando stattgefunden haben und die nach Paris verlegt werden, weil sich Clemenceau annehmend als alt zum Reiten fühlt. Der erste Programmpunkt wird also von den italienischen Kriegszustandsgesandten gebildet, und deshalb kommt auch Sonnino nach Paris. Es ist möglich, daß die Erklärungen Lloyd Georges (an die englischen Arbeiter) in Paris eine Ergänzung erfahren werden. Der Rest ist dann — die Beratung über die Fortsetzung des Krieges.

#### Kleine Kriegsgeschichte.

Genf, 29. Jan. Nach dem „Berliner Tagblatt“ wird die englische Regierung dieser Tage den unabhängigen Judenstaat in Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem proklamieren. Die heiligen Städte sollen neutralisiert werden.

Konstantinopel, 29. Jan. Zwischen den türkischen und ukrainischen Vertretern in Presh-Tschowf fanden Sonderbesprechungen statt, die eine grundsätzliche Übereinstimmung in den wichtigsten schwelenden Fragen ergaben.

Genf, 29. Jan. In einem Artikel der „New York World“ wird erklärt, Österreich-Ungarn könne mit den Vereinigten Staaten durch die spanische Botschaft oder schwedische Gesandtschaft in Wien verhandeln.

### Der Krieg zur See.

#### Unsere tägliche U-Boot-Strategie.

Amtlich wird gemeldet: Unsere U-Boote fügten den Feinden wiederum einen Verlust von 18 000 Br.-Reg.-T.-Sonderkraftfahrzeugen zu.

Drei große Dampfer wurden unter der irischen Küste versenkt, zwei von ihnen fuhr in einem durch Beschränkung stark gesicherten Geleitzug. Einer der Dampfer war der bewaffnete englische Dampfer „Marston“ (3340 Br.-Reg.-T.). Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

30 000 Tonnen!

Berlin, 29. Jan. (B.Z. Amtlich.) Neue U-Boot-erfolge im mittleren und östlichen Mittelmeer: 8 Dampfer und drei Segler mit rund 30 000 Br.-Reg.-T. Die Mehrzahl der Dampfer war tief beladen und befand sich teils in stark gesicherten Geleitzügen, teils einzeln mit Unterseebootzerstörer- und Nachdampferbedeckung fahrend, auf dem Wege nach Italien bezw. dem Orient.

#### Verfälschte Lebensmittelschiffe.

Unter den U-Boot-Erfolgen dieses Monats befinden sich Verurteilungen, die für die Engländer besonders schmerzhaft sind. „Daily Chronicle“ berichtet über den Verlust eines Lebensmittelschiffes, das einige Tage zuvor einen englischen Hafen erreicht hatte, jedoch ohne entladen zu haben, den Befehl erhielt, nach einem anderen Hafen zu fahren. Auf dem Wege dorthin wurde es torpediert. So ging das wertvolle Schiff mit Ladung verloren. Weiter berichtet die „Times“ über zwei ähnliche Fälle. Von den versenkten Dampfern hatte einer 4000 T. Fleisch geladen. Beide hatten im ersten Hafen mangels Entladeeinrichtungen nicht laden können. Die Regierung unter der englischen Bevölkerung war groß; denn man rechnete nach, daß mit der versenkten Fleischmenge nach deutschen Verhältnissen 18 Millionen Menschen, d. i. über ein Drittel der englischen Bevölkerung, eine Woche lang mit Fleisch hätte versorgt werden können.

#### Die verringerte Fischerflotte.

Von 9800 Fischerfahrzeugen der englischen Ostküste sind nur etwa 400 für den Fischfang freigeblieben, die übrigen stehen im Marinedienst. Im Minenuchdienst verwenden die Engländer ungefähr 1700 Schiffe und etwa 25 000 Mann.

#### Der U-Boot-Krieg entscheidend.

„Die Ansicht gewinnt in England trotz aller Regierungsver sicherungen an Boden. So schreibt das Blatt „Nation“:

Die 13 großen Dampfer, die in der Statistik der Admiralität über die erste Januarwoche als versenkt angegeben werden, sind die ernstlichsten Faktoren der heutigen Lage. Der Schiffahrtsverkehr in unseren Häfen war während der verflochtenen Woche kleiner, als es seit langer Zeit der Fall war. Die Anzahl der versenkten großen Schiffe bleibt durch schnittlich auf derselben Höhe und wirkt schlecht zu den englischen und französischen Versicherungen, wonach der U-Boot-Krieg ein Völkerschlag sein soll!

„Nation“ ist der Meinung, daß der U-Boot-Krieg die entscheidende Kraft der gesamten militärischen Lage sei. Das ist oft genug gesagt worden, die Engländer wollten es aber nie zugeben. Späte Einsicht ist immerhin besser als gar keine.

#### U-Bootsgefahr für die feindliche Munition.

General Ludendorff sagte vor einiger Zeit, daß unser U-Boot-Krieg von starkem Einfluß auf die Munitionsversorgung unserer Feinde sei. Der englische Munitionsmann Churchill sprach von einem Minus von Hunderttausenden von Tonnen Granaten. Folgende Tatsachen liegen vor: Vom 1. Februar bis Ende Dezember 1917 sind 27 Truppentransportdampfer und 285 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden, darunter 97 Schiffe mit Munition und anderem kriegswichtigen Material. Was die Entente hier verloren hat, würde genügen, um den Munitionsbedarf von 50 Divisionen zu 15 000 Mann bei normaler Gefechtsfähigkeit oder den Bedarf von 25 Divisionen bei Großkampfsfähigkeit zu decken.

### Von Freund und Feind.

[Allerlei Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

#### Beginn der Entente-Konferenz.

Genf, 29. Jan. Die erste Sitzung der Entente-Konferenz hat unter dem Vorsitz Clemenceaus stattgefunden. Lloyd George, Orlando, der italienische Generalstabschef, der englische General Wilson, der französische General Foch u. a. nahmen an der Sitzung teil. Hauptaufgabe der Konferenz ist die Vorbereitung der Friedensziele der Entente. Die Erklärungen der Entente und der Feinde sollen gemeinsam endgültig beantwortet werden.

#### Clemenceau als Friedensführer.

Genf, 29. Jan. Der französische Sozialistenführer Renaudel greift in der „Humanité“ Clemenceau scharf an, weil er seinen Einfluß in England geltend gemacht habe, um die englische Regierung zu bestimmen, von ihrer wohlwollenden Haltung einem baldigen Friedensschlusse gegenüber abzuweichen.

#### Auch Fleisch wird in England rationiert.

Genf, 29. Jan. Der britische Ernährungsminister Lord Rhondda kündigt an, daß sofort Maßnahmen getroffen werden würden, um die für die Feindstoffe bereits verordnete Zwangsrationierung vom 25. Februar an auch auf Fleisch auszu dehnen. Die wöchentliche Fleischration, die bisher bei der freiwilligen Rationierung 900 Gramm betrug, soll für London auf 450 und für Kinder unter sechs Jahren auf 250 Gramm herabgesetzt werden. Das Kriegsamt hat mit einem großen Londoner Schlachthaus Vereinbarungen zur Verwertung kriegsbeschädigter Pferde für den menschlichen Genuß getroffen.

#### Amerika erwartet Friedensvorschläge.

Paris, 29. Jan. „New York Times“ meldet aus Washington: Um entsprechende Wirkung zu haben, müßten Versöhnung und Gerechtigkeit ihren Reden noch bestimmte Vorschläge an die Adresse der amerikanischen Regierung folgen lassen, sonst sei alles Reden aussichtslos.

#### Gegenstand und Wilson.

Genf, 29. Jan. Staatssekretär Lansing drückte seine Ablehnung zu der Meldung aus, daß ein Exemplar der Rede des Grafen Gernin an Wilson befördert worden sei, noch bevor sie in Österreich gehalten worden sei. Lansing erklärte, ein solches Exemplar nicht erhalten zu haben, weder vor der Veröffentlichung noch seitdem.

#### Was Orlando fordern soll.

Genf, 29. Jan. Die „Tribuna“ legt Orlando nahe, was er auf der bevorstehenden Pariser Konferenz fordern soll: Die Dinge der Verurteilung Italiens gestatten keine halben Maßregeln und keinen Aufschub mehr, darüber sind die Regierungen und Völker des Verbandes genügend aufgeklärt. Im Augenblick ist ein Abbruch zwischen dem Willen und dem Vermögen des italienischen Widerstandes offen: er kann nur durch schnelle Hilfe der Verbündeten gefüllt werden.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

+ In der Weiterberatung der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses entstand eine längere Auseinandersetzung über die in der Presse lautgewordenen Vorwürfe, in der Kommission werde die Erledigung des Gesetzes verschleppt. Die Mehrheit der Kommission lehnte solche Vorwürfe als unberechtigt ab. Bei der dann fortgesetzten Beratung über die Herrenhausvorlage werden mehrere Anträge gestellt zur Vermehrung der Städte- und Landgemeindevorstände. Minister des Innern Dr. Drews beantwortete eine Anfrage dahin, daß es bei der durchaus vorhandenen Stärke des Großgrundbesitzes in den einzelnen Provinzen nicht möglich sei, jeder Provinz die gleiche Grundbesitzvertretung einzuräumen.

#### Holland.

+ Eine deutsche Gegenmaßregel stellen holländische Blätter in Aussicht. Sie berichten, die deutsche Regierung beabsichtige, aus Anlaß der mit Amerika bevorstehenden Abmachung (der Überlassung der in amerikanischen Häfen liegenden 80 Schiffe an die Vereinigten Staaten) alle niederländischen Reedereien auf die schwarze Liste zu setzen. Die Folge wäre dann, daß die Schiffe keine deutschen Dampferkohlen mehr erhalten, was, wenn keine Kohle von anderswo geliefert würde, darauf hinausläuft, daß die Schiffe nicht ausfahren können, sondern aufgelegt werden müssen.

#### Norwegen.

+ Der Unwille über die amerikanischen Zufuhrbedingungen spiegelt sich in der gesamten Presse wider. Selbst Blätter, die man nicht im Verdacht der Deutschfeindschaft haben kann, äußern Bedenken, ob das Abkommen mit Amerika, das jetzt im Störungsstadium verhandelt wird, auskommen könne. Nur wenige Blätter raten zum unbedingten Eingehen auf das, was Amerika will, damit also eigentlich zu einer Selbstauslieferung an den Verband. Norwegen mag, seiner Zufuhren wegen, jetzt in einer schwierigen Lage sein, das ist nicht zu verkennen. Sollte aber Norwegen von Anfang an eine volle unbedingte Neutralität, in dem Sinne wie bisher Schweden, und im Zusammenhang damit manchmal eine kräftigere Sprache gegen die Westmächte geführt, so könnte es jetzt anders auftreten. Die norwegischen Reeder wollten aber verdienen, und nichts als verdienen, und deswegen trat ein großer Teil der norwegischen Handelsflotte in den Dienst des Verbandes.

### Lokale u. Vermischte Nachrichten.

#### Auszeichnungen vor dem Feinde.

\*. Destrach, 31. Januar. Der Musikant Johann Wilhelm von hier wurde wegen hervorragender Tapferkeit in den schweren Kämpfen in Flandern mit dem „Eisernen Kreuz“ 2. Klasse ausgezeichnet.

Winkel, 31. Jan. Der Landsturmann Josef Hubrath von hier erhielt in den heißen Kämpfen in Flandern wegen hervorragender Tapferkeit das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse.

\*. Hattenheim, 31. Jan. Der Musikant Jakob Berg von hier wurde wegen besonderer Tapferkeit auf dem westlichen Kampffeld zum Gefreiten befördert.

#### Neue Markenhefte.

\*. Eltville, 30. Jan. Die Reichspostverwaltung gibt seit einiger Zeit neue Markenhefte heraus, die im Gegensatz zu früher, wo nur 15-Pfennig- und 7½-Pfennig-Marken zu haben waren, vier Sorten enthalten, und zwar zehn Marken zu 7½ Pf., zehn zu 15 Pf., fünf zu 5 Pf. und fünf zu 10 Pf. Der Preis ist also gleich geblieben, nämlich 3 Mk. Diese Markenhefte ermöglichen es, was bisher nicht möglich war, Doppelbriefe (25 Pf.) aus dem Markenhefte zu frankieren.

### Kriegsvortrag im Kaufm. Verein Mittel-Rhein.

Dehrich-Winkel, 31. Jan. Wir machen nochmals auf den heute Donnerstagabend 8 Uhr im „Hotel Germania“ in Seidenheim stattfindenden Vortrag des Herrn Bizefeldwebers Geißler aufmerksam. Bizefeldweber Geißler ist ein Angehöriger des Inf.-Reg. von Gersdorf Nr. 80, Wiesbaden und zwar des Regiments, in welchem viele Rheingauer z. St. auch Kriegsdienste leisten. — Der Vortrag des Herrn Geißler war gestern Abend in Wiesbaden außerordentlich stark besucht.

#### Beschaffung von Bindegarn.

RA Radesheim a. Rh., 31. Jan. Zur Befhebung des Mangels an Bindegarn ist die Bezugsvereinbarung der Deutschen Landwirte in Berlin bereit, alles Tausend jeder Art in die gleichen Mengen Bindegarn umzutauschen. Die Kriegswirtschaftsstelle Radesheim gibt gern über die näheren Bedingungen Auskunft. Gleichzeitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß für das neue Erntejahr nennenswerte Mengen Bindegarn kaum zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit, von dem Angebot weitgehendsten Gebrauch zu machen, liegt demnach auf der Hand. Bei dem immer mehr zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, der die möglichste Verwendung von Erntemaschinen notwendig macht, liegt es im eigenen Interesse der Landwirte, jetzt schon für die Beschaffung von Bindematerial Sorge zu tragen und die gebotenen Bezugsmöglichkeiten im vollen Maße auszunutzen.

#### Säuglings-Zulagen.

RA Radesheim a. Rh., 30. Jan. Um entstehenden Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die in den Anordnungen zu den Grundzügen der „Ernährungsfürsorge für werdende Mütter, Säuglinge und Kinder“ (Rheingauer Anzeiger Nr. 79 von 1917, Rheingauer Bürgerfreund Nr. 85 von 1917) unter Ziffer 3 angegebenen Mengen als Zulagen zu betrachten sind. Einem Säugling stehen demgemäß zu — außer den an die Allgemeinheit abzugebenden Lebensmitteln — 50 Gr. Zucker täglich, 200 Gr. Weizenmehl wöchentlich und 500 Gr. Nährmittel den Monat. Anstelle des Weizenmehls kann eine entsprechende Zulage an Zwieback geliefert werden.

#### Die städtische Sparkasse Wiesloch (Rhein).

teilt uns mit, daß sie in der Zeit vom 1. bis 6. Februar ausnahmsweise von 9—4 Uhr für den Publikumsverkehr geöffnet ist. (Gewöhnliche Geschäftsstunden von 9—2½ Uhr.)

#### Rechtsauskunft für Landwirte

im Bezirk der Landwirtschaftskammer. Der Rechtsbeistand der Landwirtschaftskammer Geh. Justizrat Lieber in Wiesbaden erteilt nicht nur allen Landwirten Auskunft in landwirtschaftlichen Rechtsangelegenheiten, sondern nach einer neueren Bekanntmachung auch Kriegsebeschädigten und Hinterbliebenen in Angelegenheiten ihrer Versorgung. Die Gesuche sind unter ausführlicher Schilderung des Sachverhalts an die Landwirtschaftskammer zu richten.

#### Milch ist ein Heilmittel.

Das Reichsversicherungsamt hat diesen für die gegenwärtige Kriegszeit bedeutungsvollen Grundsatze aufgestellt. Eine Krankenkasse hat sich geweigert, einem schwer lungenkranken Versicherten die Kosten für eine ärztliche Bescheinigung über die Notwendigkeit, täglich einen Liter Milch zu erhalten, zu erstatten. Die Kasse war der Meinung, daß die Milch nicht Heilmittel, sondern nur Stärkungsmittel gewesen sei. In seiner endgültigen Entscheidung ist das Reichsversicherungsamt nicht dieser Ansicht beigetreten, sondern hat ausgeführt, daß dem Schwerkranken die Milch nicht etwa nur zur Erhaltung der Gesundheit, sondern zur Heilung oder wenigstens zur Linderung der Krankheit zu dienen bestimmt war. Sie stand mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhang und war daher ein Heilmittel im Sinne der Reichsversicherungsordnung.

#### Kriegsbeihilfen.

+ Entsprechend den Grundsätzen für die Gewährung von Kriegsbeihilfen aus Anlaß der Teuerung an die Zivilbeamten im Ruhestand und ihre Hinterbliebenen werden jetzt auch den pensionierten Beamten der Heeresverwaltung und ihren Hinterbliebenen Kriegsbeihilfen gezahlt. Auch die pensionierten Offiziere und die Rentenempfänger und ihre Witwen und Waisen können ebenfalls mit laufenden und einmaligen Kriegsbeihilfen bedacht werden. Für deren Bewilligung bei Offizieren usw. kommt das Kriegsministerium, bei Rentenempfängern usw. das örtlich zuständige Stellvertretende General-Kommando in Frage.

#### Mißbrauch der Feldpost.

Gegen den Mißbrauch der Feldpost zu gewerblichen Zwecken hat sich neuerdings bekanntlich das Kriegsministerium wie die Post gewendet. Von besonderem Interesse sind dazu die näheren Bestimmungen darüber, was als Sendung in gewerblichen Angelegenheiten zu betrachten ist. Derartige Sendungen von Nichtheeresangehörigen sind in der Regel nur dann rein gewerbliche Sendungen, wenn sie, wie Warenanpreisungen, den Heeresangehörigen unaufgefordert zugehen. Ergeben sie sich aber aus schon angeknüpften Geschäftsverbindungen oder gehen sie von diesen aus, so genießen sie Postvergünstigungen. Der Feldpost frei sind also Sendungen, die die Heeresangehörigen bestellt haben, Mahndriefe usw., ebenso wie die Bestellungen der Heeresangehörigen selbst. Die Vergünstigung genießen aber nicht Sendungen mit Waren zum gewerbmäßigen Weiterverkauf im Felde und solche, die eigene gewerbliche Angelegenheiten der Heeresangehörigen betreffen. Zu den vergünstigten Sendungen gehört aber auch der Schriftwechsel mit Banken, der die geschäftlichen Beziehungen zu Heeresangehörigen betrifft. Sendungen, die neben rein gewerblichen Angelegenheiten auch rein persönliche Angelegenheiten betreffen, wie Rechnung der Ärzte mit Mitteilungen rein persönlicher Art, sind voll portopflichtig. Bei den Sendungen in gewerblichen Angelegenheiten von einberufenen Kaufleuten, Ärzten, Rechtsanwälten u. a. ist zu unterscheiden zwischen dem Schriftwechsel, den sie mit ihren Angehörigen und Geschäftspartnern in Angelegenheiten der Geschäftsführung oder Berufstätigkeit führen und dem Schriftwechsel in ihren gewerblichen Angelegenheiten mit anderen Personen, insbesondere mit den Geschäftskunden. Die ersteren genießen die Vergünstigung, die letzteren nicht.

#### Neue Höchstpreise für Bier.

Neue Bierverordnungen. Das Kriegsministerium hat für das norddeutsche Brauereigebiet neue Bestimmungen über den Stammwürzegehalt und den Verkaufspreis des Bieres erlassen. Bier, das auf Anfordern



der Heeres- oder Marineverwaltung an die Feldtruppen zu liefern ist, ist wie bisher ausgenommen. Dagegen sind in den Bereich der Regelung auch das obergärige Bier und die bierähnlichen Getränke (Erfrischungsgetränke) einbezogen worden. Bier (obergäriges und untergäriges) und bierähnliche Getränke dürfen nur mehr mit einem Stammwürzegehalt bis zu 8 % an Extraktstoffen hergestellt werden. Diese Einschränkung bezweckt, die Bierversorgung wegen der geringen Rohstoffmengen, die der Bierherstellung zur Verfügung gestellt werden können, möglichst zu strecken und eine gleichmäßige Veranlagung der Brauindustrie zur Versorgung der Rüstungs- und Schwerarbeiter zu gewährleisten. Praktisch wird diese Begrenzung von der Brauindustrie mit verschwindenden Ausnahmen schon jetzt eingehalten. Der Herstellerhöchstpreis ist ohne Rücksicht auf den Stammwürzegehalt für untergäriges und obergäriges Bier einheitlich auf 23 Mark, für bierähnliche Getränke auf 21 Mark für 100 Liter festgesetzt worden. Die Höchstpreise gelten auch beim Verkauf durch am Ort der Herstellung anfertigte Bierverleger, sonstige Vermittler oder Zwischenhändler sowie beim Verkauf nach dem Herstellungsort durch solche Personen. Noch nicht erfüllte, zu höheren Preisen abgeschlossene Lieferungsverträge gelten als zum Höchstpreis abgeschlossen. Bier und bierähnliche Getränke untereinander gemischt zu verkaufen ist ausdrücklich verboten worden.

#### Die Zwiebeln sind wieder da.

[:] Aus Berlin berichten die dortigen Blätter, daß jetzt plötzlich Zwiebeln in großen Mengen unter der Hand geboten werden. Vor kurzem waren keine zu haben. Man forderte 1.60—2 Mark für das Pfund bei einem Höchstpreis von 32 Pfg. Jetzt ist man bescheidener geworden. Am Montag konnte man schon „Vollkorn“ für 1 Mark und am Dienstag bereits für 80 Pfg. pro Pfund erhalten. Aber auch dieser Preis ist unerschämte hoch, wenn man berücksichtigt, daß sie früher 8—10 Pfg. kosteten und daß sie sich jetzt bei dem Wetterumschlag nicht halten. Zwiebeln, die frost bekommen haben, verderben leicht.

#### Vorläufig kein 2½-Pfennigstück.

\* 1. Auf eine Anfrage hat der Staatssekretär des Reichsschatzamtes mitgeteilt, daß er der Anregung auf Prägung eines 2½- oder 2½-Pfennigstückes schon aus prägetechnischen Gründen zur Zeit nicht näherzutreten vermag.

#### Eisenbahnunfall bei Mainz.

[\*] Mainz, 30. Jan. Im Bahnhof Uhlhorn stieß infolge falscher Weichenstellung bei dichtem Nebel der Personenzug 1143, der von Köln nach Mainz unterwegs war, auf einen Rangierzug auf. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.

#### Zum Eisenbahnunglück bei Kien.

(\*) Kreuznach, 29. Jan. An der Eisenbahnstation bei Kien an der Nahe fanden Taucher die Reste eines noch tief im Schlamm stehenden D-Zugwagens; unter den Trümmern lagen drei Leichen. Es werden von Angehörigen noch zahlreiche Offiziere gesucht, die sich an dem Unglückstage auf der Reise nach der Heimat befanden, seither aber nichts wieder von sich hören ließen.

#### Beim Handel mit Schlechware abgefaßt.

\* Bingen, 30. Jan. Eine Händlerin und Wauersfrau aus Siefersheim bei Alzey hat seit längerer Zeit schon

einen Handel mit Schlechware und zwar Butter, Eier, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Weichkäse usw. betrieben. Diese Lebensmittel wurden von ihr in Bingen abgefaßt. Als nun die Frau dieser Tage wieder einmal dem von Alzey eintriefenden Zuge entstieg, wurde sie von dem Gendarmeriewachmeister an der Bahn hier abgefaßt. Ihr ganzer Vorrat an Waren wurde beschlagnahmt. Sie hat die Lebensmittel nach eigenen Angaben zu folgenden Preisen in Bingen verkauft: Butter 12—18 Mk. das Pfd., Eier zu 1.00—1.20 Mk. das Stück, Kalbfleisch zu 5 Mk. das Pfd., Schweinefleisch zu 6—7 Mk. das Pfd., Weichkäse zu 75—80 Pfg. das Pfd.

#### Die Stadtverordnetenversammlung

in Höchst a. M. lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung einer freiwirtschaftlichen Gemeindeverwaltung (Frauenstimmrecht, Abschaffung des Vorkaufsrechts und des Dreiklassen-Wahlrechts) ab.

#### Zahlreiche Eisenbahndiebstähle

sind von einer ganzen Anzahl von Dieben, die teilweise zu den Bahnbeamten gehören, durch die Entdeckung eines ganzen Lagers gestohlener Gegenstände bei den nächst der Station Luitz bei Darmstadt wohnenden Bahnschaffnern Marquard und Dumer festgestellt worden. Mehrere Wagen mit gestohlenen Kleidern, Spitzen, Schmuckstücken, Lebensmitteln, Konserven usw. konnten aus den Wohnungen der beiden Verhafteten fortgebracht werden. Anscheinend sind noch weitere Verhaftungen von Dieben und Vermittlern zu erwarten.

#### Felssturz bei Eppstein.

Oberhalb des Dorfes löste sich an einem Berge infolge des Tauwetters ein gewaltiger Felsblock los und stürzte in die Tiefe. Die Gesteinsmassen, etwa 2000 Zentner, sperrten die Hauptstraße. Menschenleben waren glücklicherweise nicht zu beklagen; auch Materialschaden wurde nicht angerichtet.

#### Preisauflage bei Weinverkauf.

(?) Köln, 30. Jan. Die Preisprüfungsstelle billigt für den Weinverkauf im Gasthof einen Bruttogewinnaufschlag von 100 Prozent zu, sagen zwei Sachverständige gelegentlich eines Prozesses gegen einen Wirt, der wegen übermäßigen Gewinns beim Weinverkauf angeklagt war. Unter Berücksichtigung besonderer Umstände, wie in einem Konzertlokal, würden 110—120 Prozent als nicht übermäßig angesehen. Der Angeklagte nahm Aufschläge bis 150 Prozent. Ein dritter Sachverständiger war der Ansicht, daß auch hierbei kein übermäßiger Preis erzielt worden sei. Vor dem Kriege habe der Wirt schon 100 Prozent Aufschlag nehmen dürfen. Der Anwalt betonte, daß der Geldwert hierbei eine große Rolle spiele. Wenn der Wirt früher für Wein eine Mark zahlte und 100 Prozent Verdienst nehme, so verdiene er eine Mark. Beim heutigen Einkauf von 3 Mk. aber verdiene er bei 100 Prozent 3 Mk. Der Antrag lautete auf 300 Mk. Geldstrafe, die Strafkammer erkannte freisprechend.

#### Eine Frau mit zwei Männern.

Die Frau eines Kriegsteilnehmers in Götting, der bereits in den ersten Kriegsmomenten als vermißt gemeldet wurde, hat sich nach zweijährigem vergeblichen Warten auf

ein Lebenszeichen ihres Mannes wieder verheiratet und ihrem zweiten Mann vor kurzem ein Kind geschenkt. Jetzt ist von ihrem totgeglaubten ersten Mann die Nachricht eingetroffen, daß er noch am Leben sei und sich in französischer Gefangenschaft befinde.

o Die Gemeinde Walsdorf um 100 000 Mark betrogen. Einem raffinierten Lebensmittelschwindel ist die Gemeinde Walsdorf bei Berlin zum Opfer gefallen. Im Mai vorigen Jahres wurde ihr von einer Firma Wendehorst in Wien ein großer Posten Bursch, Speck und Kalas angeboten. Die Gemeinde ließ sich auf das Geschäft ein und zahlte 50 000 Mark an; dazu traten noch weitere 50 000 Mark Unkosten. Walsdorf hat aber die Ware nicht zu sehen bekommen und das schöne Geld auch nicht mehr. Jetzt soll der Gemeindevorsteher für den Ausfall haftbar gemacht werden, weil er das Unternehmen ohne Zustimmung des Ratstages eingeleitet hatte.

o Kaiserpende für die Opfer der Hochwasserkatastrophe. Der Kaiser hat dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz zur Verrückung der ersten Rote bei den Hochwasseropfern im Rheintal eine weitere Spende von 50 000 Mark zugehen lassen.

o Ein deutsches Erfindungsinstitut. Eine gemeinnützige Organisation der Erfindertätigkeit in Deutschland ist das Ziel einer Gesellschaft, die in Gießen begründet wurde. Das deutsche Erfindungsinstitut bezweckt die Förderung deutscher technischer Erfindungen durch die Förderung erfindungsreicher begabter Persönlichkeiten sowie durch Unterstützung brauchbarer Erfindungen durch Geldmittel, technische und Rechtsberatung, ferner durch die Weiterleitung der Erfindungen an Heer und Marine, Industrie und Gewerbe.

o Der erste Ehren doktor der Tierheilkunde. Der ordentliche Honorarprofessor an der Tierärztlichen Hochschule Dresden, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Edelmann, vortragender Rat im Sächsischen Ministerium des Innern, wurde von der durch die ordentlichen Professoren der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden verkörpert medizinischen Fakultät der Universität Leipzig zum „Dr. med. vet. h. c.“ ernannt. — Er ist der erste Ehren doktor der Tierheilkunde in Deutschland.

o Eisenbahnzusammenstoß bei Augsburg. In der Station Jettingen bei Augsburg stießen infolge Nichtbeachtung eines Einfahrtsignals zwei Güterzüge aufeinander. Sehn Wagen entgleisten und ein Wagen verbrannte. Der Materialschaden ist sehr groß.

o Ein Verbot des Fällens von Eichen hat das Stellvertretende Generalkommando des sechsten Armeekorps erlassen. Durch eine Anordnung wird das Fällen von Eichen in Eichenwaldbeständen sowie in sonstigen Niederwaldbeständen mit starker Eichenbeimischung, die in zehn- bis vierzigjährigem Umtriebe bewirtschaftet werden, mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre bzw. Geldstrafe bis zu 1500 Mark bedroht.

o Soldaten und Matrosen als Banknotenfälscher. In Petersburg wurde auf Befehl des Smolny-Instituts eine ganze Bande von Banknotenfälschern, die in einer Kaserne ihre Fabrik eingerichtet hatten, verhaftet. Die Fälscher sind durchweg Soldaten und Matrosen. 15 Matrosen und 8 Soldaten wurden nach dem Stappen gefangen genommen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

Gen.-Reg. 29—71—

## Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute bei dem Winkler Darlehenskassenverein E. G. m. u. H. in Winkel folgendes eingetragen worden:

„Das Vorstandsmitglied Michael Jerbe ist gestorben. An seine Stelle ist der Metzgermeister Wilhelm Ottes in Winkel am Rhein getreten.“

Rüdesheim a. Rh., den 31. Dezember 1917.

Königliches Amtsgericht.

## Spar- u. Leihkasse zu Geisenheim

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

— 2 Lindenplatz 2 —

Geschäftsstelle in Hallgarten im Rheingau

Sitzo-Konto bei der Reichsbank und der Landesbankstelle in Rüdesheim und der Dresdner Bank in Frankfurt a. M. u. Berlin. Postcheckkonto Nr. 492, Frankfurt a. M.

Fernsprecher Nr. 60, Rüdesheim a. Rh.

Rassensünden während des Krieges:

nur an Werktagen von 8—1 Uhr vormittags

empfehlen sich zur

provisionsfreien Ausföhrung sämtlicher in

das Bankfach einschlagenden Geschäfte

zu den vorteilhaftesten Bedingungen.

Annahme von Spareinsparungen von Jedermann.

Verzinsung bis zu 4 % je nach Kündigung.

Einzahlungen und Ueberweisungen auf unser Postcheckkonto

sind gebührenfrei.

Vermietung eiserner Schrankfächer (von Mk. 4.— an)

in unserem feuer- und diebstahlsicheren Panzerschrank

unter Selbstverschluß der Mieter.

Kostenlose Aufbewahrung und Verwaltung von

Wertpapieren.

Strengste Verschwiegenheit aller Geschäftsvorgänge,

auch Behörden gegenüber.

Schüler, deren Vernehmung gefährdet

ist, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden, da sie sonst ein volles Jahr verlieren. Wir besorgen durch individuellen Unterricht in kleinen Klassen die vorhandenen Lücken und bringen die Schüler bis zur Einj.- u. zur Abit.-Prüfung vorwärts. — 25 Lehrkräfte. — Hervorragende Erfolge: Es bestanden in Jahresfrist 44 Schüler die Prüf. für Prima, Sekunda usw.; 22 für das Einj., 6 für das Kadettenkorps, 5 für Jahrschreife und 5 für Abitur, insges. 82. — Anerkennungen aus ersten Kreisen. — Vorzügliche Verpflegung der Schüler. — Prosp. nach Vorlage des letzten Zeugn. ! Reform-Institut, Kohl a. Rh.

## Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotokopien, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in Kreschen und Anhänger. Aufnahmen dazu gratis.

12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 50 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.—

Reisepassbilder in sofort. Ausführung.

Aufnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet

Wekt. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge

auch fürs Feld.

## Deutsche Warte

Herausgeber A. Damaschke.

Illustrierte Tageszeitung, seit 29 Jahren bestehend, vertritt alle auf eine Neugestaltung deutscher Kultur hinielenden Reformbestrebungen. (Organ des Hauptauschusses für Kriegserhellungen) enthält wertvolle Leitartikel führender Männer aller Parteien über Zeit- und Lebensfragen, berichtet schnell und sachlich über alle wissenswerten Vorkommnisse und liefert ihren Lesern außer einer täglichen Unterhaltungsbeilage noch sechs Beilagen:

Ratgeber für Kapitalisten, Land- und Hauswirtschaft, Gesundheitswarte, Rechtswarte, Grenzware, Frauenzeitung und Jugendwarte.

Der Bezugspreis beträgt monatlich nur 1 Mark (Bestellgeld 14 Pfg.). Feldpostbezug monatl. 1.35 Mk.

Probenummern kostenfrei durch den Verlag

Berlin NW 6.

Militärische

Gesuche

Auskunft: Unterstufung, Hilfsdienst usw. Auswärts briefl.

Fremdenbücher

Hotels und Gasthäuser, gebunden und ungebunden,

Reiset die Buchdruckerei des

Rheingauer Bürgerfreund, Oestrich u. Eltvile.

## Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Chemische Fabrik, Winkel.

Eine gebrauchte Konzertzither

läuft

. Glt., Destrach, Rheinftr. 14.

## Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger

Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Pfähle, sowie Weinbergs-

stiele, tyansifizierte und imprä-

gnierte 1,50 m, 1,75 m,

2 m lange Baumstüben,

tyansifizierte und imprägnierte;

große Auswahl tyansifizierte und

imprägnierte Pfähle, von

1,50—3 m und höher, von

Sopz 6—12, zu haben bei

Gregor Dilmann,

Geisenheim am Rhein.

## Leipziger Pelze

Prachtvolle Alaska- u. Blau-

fuchs-Garnituren, auch ein-

zelne Kragen und Mäffe billig

zu verkaufen bei

A. Pietsch, Frankfurt a. M.,

Braunheimerstr. 21, part.

## Abreisskalender

wieder vorrätig

Buchdruckerei des

„Rheingauer Bürgerfreund“.

## „Die Tabakpflanze“

Anbau u. Verarb. d. Rauchtabak.

Leichte Anleitg. f. d. Laien.

Preis 70 Pfg.

Weller, Roderath, Bez. Köln

## Buchhaltung

tüchtige erfahrene Kraft (männ-

lich oder weiblich) sofort ge-

sucht. Kriegsbeschädigter be-

vorzugt.

Gebrüder Hochl,

Seltellerei in Geisenheim.

Junges zuverlässiges

## Mädchen

in kleinen Haushalt gesucht

zum 1. März.

Röh. in der Exped. d. Bl.

Ein guter

## Küferbalm

zu verkaufen.

Hotel Schwan, Destrach.

## Weinbergspfähle,

Stidel 1,25—2 m lg.

Baumstübe

2,50—4 m lang

tyansifizierte u. imprägniert,

Fah- und Kistenreise

aus Birken- u. Easelhols

empfehlen

Og. Jos. Friedrich,

Telephon 70, ..

Destrach a. Rh.

## Hühner

zu verkaufen.

Peter Schreiner 3.,

Hallgarten.

## Stenogr.-Verein „Kabelberger“

Destrach-Winkel.

Montag und Donnerstag:

Kursangemittert.

Montag und Freitag:

Diktat.

Sonntag, den 10. Februar:

1 Uhr Diktat, 4 Uhr

Verksamlung.

Der Vorstand.